



Jens Spahn will den Islam einbürgern



Gerade hat der CDU-Fraktionschef Volker [Kauder laut und vernehmlich](#) gesagt, dass nicht der Islam zu Deutschland gehöre, wohl aber die Muslime. Am 5. Mai hat das CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn (Foto) dem Hamburger Migranten-Abendblatt in einem Interview gesagt: „Ich will den Islam einbürgern.“ Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Ergo möchte Herr Spahn dem Islam die Staatsbürgerschaft verleihen.

(Von Alster)

Würde man das CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn beim Wort nehmen, will er anscheinend Herr und Frau Islam einbürgern/die Staatsbürgerschaft verleihen. Wie soll das gehen, Herr Spahn?

Der Begriff „Islam“ kommt aus dem Arabischen und heißt

übersetzt, sich ergeben bzw. sich unterwerfen; will heißen, der Islam-Angehörige soll sich den Gesetzen Allahs unterwerfen. Da die Gebote/Gesetze Allahs alle Lebensbereiche abdecken und der Islam die Trennung von Religion und Staat nicht kennt, muss der Islam als eine Staats-, Gesellschafts- und Lebensideologie betrachtet werden. Mit dem islamischen Bekenntnis der Schahada, daß es keinen Gott gibt außer Allah und daß Mohammed sein Gesandter ist (Ich bekenne, daß es keinen Gott außer Allah gibt – Und ich bekenne, daß Mohammed der Gesandte Allahs ist) verpflichtet sich der in den Islam hineingeborene Moslem, die Gesetze Allahs als oberstes Gebot zu akzeptieren und sie einzuhalten. Damit ist im Islam jede Anerkennung islamfremder Gesetze verboten – und von Menschen gemachte Gesetze sowieso.

Somit stellt sich diese „Religion“ Islam immer über jedes andere Recht und den Staat und beansprucht als eine Staats-, Gesellschafts- und Lebensideologie die Errichtung eines eigenen Rechtssystems, der Scharia. Der Islam richtet sich eben nicht wie das Christentum in einem bestehenden Staat ein; der Islam ist gehalten, einen eigenen Staat zu gründen, für den die geographischen Grenzen, die ethnische Herkunft der Menschen und ihre Sprache keine Rolle spielen. Die Hauptquelle des islamischen Rechtssystems ist der Koran, der für Muslime die maßgebliche Schrift in Fragen des Glaubens, des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens und des Umgangs mit Andersdenkenden ist.

Das wäre das Grundwissen, dass sich jeder vernunftbegabte Politiker und Medienvertreter im Sauseschritt aneignen könnte und müsste (Muslime oder Ex-Muslime wie Hamed Abdel Samad, Necla Kelek oder Sabatina Jones könnten da helfen), wenn er sich zur religiös verbrämten Ideologie Islam verhalten will oder muss. Eine kleine und effektive Arbeitshilfe der [Bürgerbewegung Pax Europa e.V., BPE](#).

Wenn also der CDU-Fraktionschef Volker Kauder sagt, dass nicht der Islam zu Deutschland gehöre, wohl aber die Muslime, dann

können wir dem zustimmen, hier sollte man allerdings noch zwischen integrationswilligen und gläubigen Muslimen unterscheiden. Wenn er aber noch richtigerweise hinzufügt: „Die Religion steht bei uns nie über dem Staat,“ dann müsste der Islam konsequenterweise verboten werden.

Sowohl Kauder als auch Spahn haben übrigens von „dem“ Islam gesprochen. Dabei wird doch immer gesagt, dass es „den“ Islam nicht gibt, es gebe mehrere Glaubensrichtungen mit jeweils unterschiedlichen Rechtsschulen. Diese „Glaubensrichtungen“ bekriegen einander, weil sie sich um die Erbfolge streiten und/oder den jeweils anderen Muslim als nicht gläubig genug erachten – gemeinsam haben sie alle ihr Gesetzbuch Koran, und sie eifern alle ihrem Vorbild Mohammed nach.

In der Diaspora als Noch-Minderheit (Im Haus des Krieges) verhalten sich gläubige Muslime und der organisierte Islam streng nach dem Koran und der darin vorgegebenen Technik der Taqiyya, der zur Täuschung der Ungläubigen auffordert, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Klar ausgedrückt: sie sollen lügen, wenn es dem Islam dient. Wie ist es also um die Wahrheit bestellt, wenn ein Vorsitzender des Zentralrats der Muslime behauptet, unsere Grund- und Freiheitsrechte anzuerkennen? Der Vorgänger Aiman Mazyeks hat sich klar ausgedrückt:

„Die klassischen islamischen Staatstheorien lehnen das Prinzip der Volkssouveränität ab. Die Abneigung gegenüber dem demokratisch-parlamentarischen System hat im Islam also eine begründete Tradition. Der islamische Herrscher sollte am besten mittels Wahl bestimmt werden. Das islamische Gesellschaftssystem wird damit aber keineswegs zu einer Demokratie. Diese Staatsform ist dem Islam fremd.“ (Dr. Axel Köhler, Islam-Leitbilder, S. 32 f)

Jens Spahn im Interview mit dem Hamburger Abendblatt auf die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört:

„Bei Ikea sind mir neulich Frauen in Burka begegnet. Ich mag das nicht, das passt nicht zu Deutschland. Viele trauen sich schon nicht, nur das auszusprechen. Wenn Sie so wollen, bin ich burkaphob. Aber für die AfD ist der Islam an sich ein Fremdkörper. Das ist ein Schlag ins Gesicht von Millionen Muslimen, die hier leben und dazu gehören. Ich will den Islam einbürgern.“

Vielleicht flirtet Spahn aber nur mit den Grünen, denn die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, hat am Donnerstag in Berlin auf die Aussage Kauders damit reagiert, dass man „den Islam bei uns einbürgern“ solle. Denn auf die Frage des [Hamburger Abendblattes](#), welcher politischer Partner ihm lieber wäre, antwortet Spahn: „Mit der FDP gibt es eine größere inhaltliche Nähe. Mit den Grünen wäre es dafür spannender – das wäre mal was Neues.“

Das CDU-Präsidiumsmitglied ist deutlich kritischer gegenüber den Muslimen als gegenüber dem Islam. Man könnte fast sagen, dass für diesen Opportunisten umgekehrt zu den AfD-Beschlüssen die Muslime nicht zu Deutschland gehören, [der Islam aber wohl](#).